

schrieben. »Daher stellte sich die Frage, ob die Selbständigkeit des Staates geradezu die Regel und auch die Voraussetzung jener temporären Verselbständigung in einigen Staaten der modernen Zeit ist, während die englische Entwicklung mit ihrer um die Herrschaft kämpfenden und dann auch tatsächlich herrschenden Bourgeoisie die Ausnahme darstellt« (S. 220 f.).

Die letzte Stufe seiner Beweisführung erreicht Wippermann, wenn er in Anlehnung an Marxsche Verfahrensweisen Elemente seiner Staatstheorie vom Abstrakten hin zum Konkreten entwickelt. Dabei zeigt sich, daß hier frühzeitig der Staat – und zwar noch vor seiner Rolle als Instrument von Klassenherrschaft – als Protektor von Regeln der Warenzirkulation u. a. festgemacht wird.

Nimmt man diese umsichtig gewonnenen Erkenntnisse Wippermanns zusammen, so werden hiermit an sich längst bekannte Widersprüchlichkeiten der Arbeiten von Marx und Engels in einem zentralen Bereich dokumentiert. Nicht darum geht es dem Autor allerdings, sondern um den Erweis der Fruchtbarkeit von Elementen der Bonapartismuskonzeption der Vergangenheit auch bei einem sozialhistorisch komparativen Verfahren. Er weist darüber hinaus nach bzw. macht wahrscheinlich, daß Marx und Engels wesentlich stärker von der zeitgenössischen »bürgerlichen« Diskussion beeinflußt waren, als sie es selbst zugaben und als bislang angenommen wurde. Eher als Zugabe muß Wippermanns begriffsgeschichtliche Fortführung der Bonapartismuskonzeption angesehen werden; hier werden zumal bei sozialistischen Theoretikern in einem breiten Fächer von Lenin über Gurland bis Geiger recht aufschlußreiche Materialien beigebracht. Das mündet ein in die Faschismuskonzeption unseres Jahrhunderts, in der sich Wippermann schon in mehreren Veröffentlichungen als ausgewiesener Kenner gezeigt hat (dazu vgl. bei anderem Ansatz neuerdings: Hans-Gerd Jaschke, *Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie*, Opladen 1982).

Jost Dülffer, Köln

Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952, hrsg. von Willy Albrecht (= Internationale Bibliothek, Bd. 107), Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin/Bonn 1985, 1 047 S., brosch., 76 DM.

Willy Albrecht, Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 160 S., brosch., 9,80 DM.

»Noch in jeder großen Volksbewegung haben sich zur rechten Stunde auch die rechten Männer gefunden«, erklärte August Bebel 1903 auf dem Dresdner Parteitag der SPD, und die Delegierten dankten ihm mit stürmischem Beifall. Die Geschichte liefert reichlich Beispiele, die diesen Optimismus widerlegen. Als jedoch beim Zusammenbruch des NS-Reichs Kurt Schumacher sofort die Initiative ergriff, um den politischen Führungsanspruch der Sozialdemokratie anzumelden, zweifelten sehr bald die meisten seiner Genossen nicht daran, daß er der rechte Mann zur rechten Stunde sei. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war Schumacher der bekannteste deutsche Politiker. Doch nicht er, sondern sein Gegenspieler Konrad Adenauer wurde Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Und da sich die Geschichtsschreibung und die Publizistik meist weit mehr den Siegern als den Unterlegenen zuwendet, hat Schumacher noch keine umfassende, auch von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommene Würdigung erhalten. Die gegenwärtig in politischer Absicht vorgebrachten Mahnungen an die SPD, sie solle dem Erbe Schumachers, vor allem seiner Haltung gegenüber den Kommunisten, treu bleiben, betonen meist nur eine Seite seines Lebenswegs und Lebenswerks.

Einen wichtigen Beitrag zur Möglichkeit, sich mit Schumacher an Hand authentischer Zeugnisse zu befassen, und das heißt, sich mit seiner Politik auseinanderzusetzen, leistet die editorisch vorbildliche Dokumentation, die von Willy Albrecht, einem Mitarbeiter der Fried-

rich-Ebert-Stiftung, herausgegeben wurde. Die auch als separate Publikation erschienene Einleitung (Willy Albrecht, Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus) stellt in ihrem ersten Teil Leben und Wirken Schumachers bis 1945 dar und erläutert im zweiten Teil den historisch-politischen und biographischen Zusammenhang, dem die abgedruckten Dokumente zuzuordnen sind. Die historiographische Sorgfalt des Herausgebers und sein weitgehender Verzicht auf eigene Urteile sind dem Charakter dieser Dokumentation angemessen; eine Übersicht über den Forschungsstand – die durch die unkommentierte Auswahlbibliographie nicht ersetzt werden kann – hätte ihren Wert noch erhöht.

Die meisten Reden und Schriften der in acht Hauptteile gegliederten Edition waren an verstreuten Stellen bereits im Druck erschienen, hingegen handelt es sich bei den Briefen meist um Erstveröffentlichungen aus den Beständen des Archivs der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Bereits die Dokumente von 1945 lassen die Ziele erkennen, die Schumacher nach dem Zweiten Weltkrieg seiner Partei gesetzt hatte. Von besonderer Bedeutung sind seine Rede vor sozialdemokratischen Funktionären in Hannover vom 6. Mai (also noch vor Kriegsende), seine »Politischen Richtlinien« vom 25. August und seine »Programmatischen Erklärungen« auf den Konferenzen von Wennigsen und Hannover vom 5./6. Oktober 1945. An seinen politischen und moralischen Grundkonzeptionen – geprägt von seinen Erfahrungen als aktiver Politiker der Weimarer Republik, seiner zehnjährigen Leidenszeit in NS-Konzentrationslagern und der Isolierung eines unter ständiger Gestapoaufsicht stehenden Regimefeindes – hat Schumacher bis zuletzt festgehalten. Schumachers Überzeugung vom obersten Stellenwert einer freiheitlichen, die Menschenrechte achtenden parlamentarischen Demokratie, von der Notwendigkeit der Sozialisierung, von der Gültigkeit marxistischer Gesellschaftsanalysen – das Bestehen von Klassen und Klassenkampf im Kapitalismus war ihm selbstverständlich –, vom Recht auf nationale Selbstbehauptung, aus dem er sein Bekenntnis zur Synthese von Patriotismus und Internationalismus ableitete, entstammte sozialdemokratischer Tradition. Er betonte jedoch, daß die SPD nicht einfach an Weimar anknüpfen könne. Aus vielen seiner Äußerungen geht hervor, daß ihm die Versäumnisse der Revolution von 1918 und Fehlentscheidungen der SPD in der ersten Republik als warnende Beispiele vor Augen standen, auch wenn er sie nicht im einzelnen nannte. Neue Wege wies Schumacher seiner Partei von Anfang an in mehreren Richtungen: Offenheit gegenüber verschiedenen religiösen und philosophischen Überzeugungen in den eigenen Reihen; die Gewinnung des Mittelstands, also die Verbreiterung der sozialen Basis der SPD; die Anerkennung des Primats der Außenpolitik, was für ihn gleichbedeutend war mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands und die Selbstbestimmung der Deutschen als politisches Nahziel.

Ende 1945 war Schumacher davon überzeugt, daß die SPD einen »Magnetismus auf die breiten Massen des Volkes« ausübe wie keine andere Partei und nur durch die Siegermächte daran gehindert werde, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen (Brief an Erich Ollenhauer in London vom 9. 12. 1945, S. 367 ff., hier S. 372). In seinem Schlußwort auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD im Mai 1946 sagte er jedoch seinen Genossen Niederlagen voraus, wenn jetzt »eine Periode der Aktualisierung der Politik« komme (S. 422). An ihren »großen Ideen« dürfe die Partei dadurch nicht irre werden (S. 418). Wenige Monate später erklärte er: »Wir Sozialdemokraten fürchten uns auch nicht vor einem gefährlichen Leben der Opposition« (S. 462).

Schumachers Widerstand gegen eine Einheit mit den Kommunisten war ebenso moralisch wie politisch motiviert. Ausschlaggebend waren der Gegensatz zu ihnen in grundlegenden Fragen, das Verhalten der KPD in der Weimarer Republik und ihre seit dieser Zeit nie gelockerte Abhängigkeit von Moskau. Er bejahte aber »ohne Vorbehalt die praktische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei in allen sozialen Fragen und in allen Dingen der Austilgung des Faschismus« (»Politische Richtlinien« vom 25. 8. 1945, S. 281).

Ausführlich dokumentiert sind in diesem Band Schumachers Stellungnahmen zu den Entscheidungen jener Jahre, bei denen die Weichen für die Gestaltung des westdeutschen Staates gestellt wurden: Seine Zustimmung zum Marshall-Plan, den er eine »große Initiative« nannte, die die Völker Europas zwingen werde, »sich untereinander anzunähern« (S. 489); seine Ablehnung der Beteiligung der Bundesrepublik an der internationalen Ruhrbehörde und des Beitritts der Bundesrepublik zum Europarat, die damals in den eigenen Reihen umstritten war und deren Begründung im Rückblick nicht überzeugend erscheint; sein »Nein« zum Schumanplan und seine Distanzierung von der Europäischen Behörde; seine Opposition gegen einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik, die nicht pazifistisch motiviert war, sondern sich im wesentlichen auf das Argument stützte, daß die deutsche Gleichberechtigung nicht gewährleistet sei. Bei der Beurteilung dieser Stellungnahmen muß beachtet werden, daß »Deutschlands Einheit in Freiheit« zu erreichen Schumachers übergeordneter Gesichtspunkt war; das wird für die Jahre 1950 bis 1952 im VII. Teil der Dokumentation durch seine Reden, Zeitungsartikel, Presseerklärungen und vor allem durch seine Offenen Briefe an Bundeskanzler Adenauer ausführlich belegt.

Verhältnismäßig wenig Aufschluß erhält man in diesem Band über Hintergründe und Erwartungen im Zusammenhang mit der für die künftigen Chancen der SPD sehr wichtigen und sicherlich ungünstigen Entscheidung, im Frankfurter Wirtschaftsrat der britischen und amerikanischen Zone die Rolle der Opposition zu übernehmen. Zu dieser Frage gibt es in der Dokumentation nur einen Artikel Schumachers, vom 25. Juli 1947, in dem er erklärt, daß die von der CDU geführte Politik »die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Magnetwirkung der Doppelzone auf die übrigen Zonen« gefährde und daß »das heutige Provisorium« des Wirtschaftsrats »bald [. . .] zugunsten einer sozialistischen Entwicklung überwunden sein« werde (S. 574). Die parteipolitische Konstellation dieses »Provisoriums« hat jedoch fast zwei Jahrzehnte bestanden – damit hat Schumacher nicht gerechnet und war sich darum offenbar der Tragweite der Frankfurter Entscheidung nicht bewußt.

Schumachers Persönlichkeit und Biographie verkörperten den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, wie das bei keinem anderen führenden Politiker der Fall war. Doch nur ganz selten äußerte er sich generell über diesen Widerstand und über seinen eigenen in der Öffentlichkeit gar nicht. Über die Leiden der Verfolgten sprach und schrieb er kaum, nachdrücklich betonte er jedoch bei verschiedenen Gelegenheiten die Pflicht der Deutschen zur Wiedergutmachung an den Juden.

Als Schumachers wichtigster Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik wird in der Einleitung sein Eingreifen in die Schlußberatungen des Grundgesetzes bezeichnet (S. 199). Dies deckt sich weitgehend mit Schumachers eigener Sicht: »[. . .] wir [haben] eine politische Linie am 20. April [1949] aufgestellt und durchgehalten, die uns jetzt den ersten außenpolitischen Erfolg für die Deutschen beschert hat«, schrieb er eine Woche später in einem Privatbrief nach New York (S. 663).

In den veröffentlichten Dokumenten fällt Schumachers Zurückhaltung bei der Beurteilung einzelner Personen auf. Trotz seiner Härte in der Verfechtung seiner Politik, auch gegen Widerstände in der eigenen Partei, und trotz seiner Unerbittlichkeit in der Verurteilung von Verstößen gegen Parteibeschlüsse – der »Fall Löbe« ist dafür ein Beispiel (besonders S. 535-541) – vermied es Schumacher auch in seinen nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Briefen, persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben oder Menschen charakterlich zu bewerten. Als sich auf dem SPD-Parteitag von 1950 in der Stellungnahme zum Europarat eine Opposition gegen die von Schumacher geführte Mehrheit gebildet hatte, erklärte Schumacher, »die sachlichen Unterschiede« seien begründet durch die »verschiedenen Resultate der Analysen, die der eine oder der andere von uns vornimmt gegenüber den objektiven Gegebenheiten« (S. 780). Das war zwar richtig, doch auch die Unterschiede der Analysen hingen mit Persönlichkeitsstrukturen, mit persönlichen Situationen, Erfahrungen und Interessen zusammen. Darauf nahm Schumacher kaum je Bezug, weder wenn es sich um ihn selber,

noch wenn es sich um andere handelte. Motivationen und Ziele des Politikers und Parteiführers Schumacher werden in dieser Dokumentation sehr deutlich, einen Privatmenschen Schumacher findet man nicht. Doch ihn gab es, und die ihn kannten, wissen, daß er im Umgang mit Menschen, denen er vertraute, großzügig, rücksichtsvoll und feinfühlig war, gegenüber anderen sarkastisch, argwöhnisch und verletzend sein konnte. In einer Biographie Schumachers sollten diese Seiten seines Wesens nicht fehlen, in Zeugnissen seines politischen Wirkens können sie freilich kaum sichtbar werden. Doch auch in ihrer Konzentration auf die politische Thematik bilden viele dieser Zeugnisse eine faszinierende Lektüre, weil sie uns ganz unmittelbar in die Probleme jener Jahre einführen und uns ihre Behandlung durch Schumacher noch heute zu Zustimmung und Widerspruch herausfordert.

Susanne Miller, Bonn